

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2012

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
Aktueller Stand des Bündnisses für das Europäische Jahr 2014	2
Sitzung der Arbeitsgruppe „Family and Social Policies“ zu transnationalen Familien.....	2
COFACE nimmt an Konferenz Online-Sicherheit für Kinder und Jugendliche teil	2
COFACE nimmt an Konferenz „Jobs4Europe“ teil.....	2
Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission	3
Kommission veröffentlicht EU-Jugendbericht	3
Reding spricht sich für eine EU-weite Frauenquote aus	3
Kommission veröffentlicht Zahlen zum Analphabetismus in Europa.....	3
Kommission stellt Bericht zu Bildungschancen in den europäischen Regionen vor	4
Kommission fordert Anerkennung von nichtformalen und informellen Fähigkeiten.....	4
Kommission verklagt Deutschland wegen Regelungen zur Erbschaftssteuer	4
Europäischer Tag der Sprachen.....	4
Globalisierungsfonds unterstützte 2011 mehr als 21.000 entlassene Arbeitnehmer/innen.....	5
Kommission und Europäische Umweltagentur stellen Studie zur Luftverschmutzung vor	5
Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament	6
Parlament nimmt Stellungnahme-Entwürfe zum Europäischen Güterrecht an	6
Parlament stärkt Kinderrecht im Europäischen Sozialfonds (ESF).....	6
Weitere Nachrichten	6
EWSA verabschiedet Stellungnahme zum Kinderschutz im Internet	6
Welt-Alzheimerstag	6
OECD veröffentlicht Bericht „Bildung auf einen Blick 2012“	7
Max Planck Institut veröffentlicht zwei Studien zur Rolle von Großeltern	7
European Alliance for Families startet Website-Rubrik „Practices that Work“	7
Internationale Arbeitsorganisation äußert sich zur Jugendarbeitslosigkeit	7
Eurofound gibt Bericht zur Arbeitszeit und Arbeitsplatzqualität heraus.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	9

Neuigkeiten aus der COFACE

Aktueller Stand des Bündnisses für das Europäische Jahr 2014

Die COFACE hat die Aktivitäten des Bündnisses für das Europäische Jahr 2014 auf dem Treffen des Verwaltungsrates von ELISAN (European Local Inclusion and Social Network, dt.: Europäisches Netzwerk für lokale Inklusion und Soziales) vorgestellt. Das Netzwerk ELISAN ist dem Bündnis beigetreten und hat der COFACE seine Unterstützung für das Europäische Jahr 2014 für die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben zugesagt.

- [Pressemitteilung der COFACE zum Bündnis für das Europäische Jahr 2014 \(englisch\)](#) 

Sitzung der Arbeitsgruppe „Family and Social Policies“ zu transnationalen Familien

Am 18. September hat sich die Arbeitsgruppe „Family and Social Policies“ getroffen, um über transnationale Familien und Auswirkungen der Wirtschaftsmigration auf Familien zu diskutieren. Dabei wurden u.a. Fragen dazu aufgeworfen, wie Familien mit ihren Familienmitgliedern im Herkunftsland in Kontakt bleiben und ihr Familienleben weiterleben und welche Auswirkungen die Migrationsentscheidung auf die Entwicklung von Kindern hat. Ein Dokument zu diesem Treffen wird demnächst veröffentlicht.

COFACE nimmt an Konferenz Online-Sicherheit für Kinder und Jugendliche teil

Die COFACE hat am 20. September an der internationalen Konferenz „Keeping Children and Young People Safe Online“ (dt.: „Kinder und junge Menschen online schützen“) teilgenommen. Dabei machte die COFACE deutlich, dass Eltern eine Schlüsselrolle für die Online-Sicherheit ihrer Kinder spielen. Um Eltern in ihrer Rolle zu stärken machte die COFACE auf der Konferenz deutlich, dass Eltern in den Bereichen Wissen, Zeit und Finanzen unterstützt werden müssen, um ihren Kindern eine sichere Online-Erfahrung zu ermöglichen.

COFACE nimmt an Konferenz „Jobs4Europe“ teil

Vom 6. – 7. September fand die Konferenz „Jobs4Europe“ der Europäischen Kommission statt, auf der die COFACE die Wichtigkeit der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben unterstrichen hat. Dabei machte die COFACE deutlich, dass wir uns von unserem alten Lebenszyklus-Model Studium/Ausbildung – Abschluss – Arbeit – Rente verabschieden müssen. Stattdessen werden wir später (Ende der Zwanziger) mit der Arbeit beginnen und längere Karrierepausen (für die Pflege von Familienangehörigen oder Phasen der Selbstverwirklichung) machen und dann auch länger beruflich oder ehrenamtlich aktiv bleiben. Die COFACE machte auf der Konferenz auch auf ihr Bündnis für das Europäische Jahr 2014 aufmerksam.

- [Veranstaltungsankündigung der Europäischen Kommission zur Konferenz „Jobs4Europe“ \(englisch\)](#)

Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission

Kommission veröffentlicht EU-Jugendbericht

Der aktuelle EU-Jugendbericht, der im Rahmen der EU-Jugendstrategie (2010 – 2018) alle drei Jahre erstellt wird, fasst die Umsetzung der EU-Jugendstrategie auf nationaler sowie auf EU-Ebene seit 2010 zusammen. Weiterhin wird darin auf der Grundlage von Daten aus den Mitgliedstaaten, von Regierungsstellen und Ministerien sowie der Befragung von Jugendlichen eine detaillierte Analyse der Lage junger Menschen in der EU dargelegt. Aus dem Bericht gehen die Forderungen hervor, Jugendbeschäftigung, soziale Inklusion sowie Gesundheit und Wohlbefinden junger Menschen zur obersten Priorität der europäischen Jugendpolitik zu machen. Auf der Grundlage des Berichts wird im November dieses Jahres ein gemeinsamer Bericht von Kommission und Rat verabschiedet, mit dem die neuen Prioritäten für den Zeitraum 2013 – 2015 im Jugendbereich festgelegt werden.

- [EU-Jugendbericht 2012](#) 

Reding spricht sich für eine EU-weite Frauenquote aus

EU-Justizkommissarin Viviane Reding hat sich für eine EU-Richtlinie zur Genderbalance in Leitungsebenen ausgesprochen. Sie will den entsprechenden Gesetzesvorschlag voraussichtlich im Oktober vorlegen. Redings Ziel ist es, die Frauenquoten in Führungspositionen von privaten Betrieben bis zum 1. Januar 2020 und von öffentlichen Betrieben bis zum 1. Januar 2018 auf 40 % zu erhöhen. Kleine und mittlere Unternehmen sollen von der vorgeschlagenen Richtlinie nicht betroffen sein. Die aktuellen Frauenquoten in Führungspositionen variieren in der EU zwischen 3 % (Malta) und 27 % (Finnland), in Deutschland sind 16 % der Führungskräfte weiblich. Praktisch soll der Vorschlag so umgesetzt werden, dass bei gleicher Qualifikation und Eignung Frauen der Vorzug gegeben wird. Bei Nichterfüllung der Quoten sollen Sanktionen in Form von Strafzahlungen, Ausschluss staatlicher Beihilfen und Aufträge sowie die Nichtigkeit der Wahl oder Bestellung von Aufsichtsräten fällig werden. Die Mitgliedstaaten sollen verpflichtet werden, die Kommission regelmäßig über die Quoten von Frauen in Führungspositionen zu unterrichten. Da sich aus zehn Mitgliedstaaten, darunter die Niederlande, Schweden und Deutschland bereits Widerstand gegen Redings Vorstoß regt, ist noch unsicher, ob der Gesetzesvorschlag vorgelegt werden wird.

Kommission veröffentlicht Zahlen zum Analphabetismus in Europa

Aus dem Bericht einer europäischen Expertengruppe geht hervor, dass jede/r fünfte Jugendliche im Alter von 15 Jahren und jede/r siebente Erwachsene in Europa nicht richtig lesen und schreiben kann. Der Bericht beinhaltet dazu auch Ratschläge an die Mitgliedstaaten. So sollen z.B. mehr Männer dazu aufgerufen werden, Lehrer zu werden, um Jungen als Vorbild zu dienen. Denn laut den Zahlen ist die Anzahl der leseschwachen Jungen fast doppelt so hoch wie die der Mädchen. Weiterhin schlagen die Expert/innen eine allgemeine und kostenlose hochwertige frühkindliche Betreuung vor, speziell ausgebildete Lehrkräfte sowie die bessere Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Lese- und Schreibstörungen. Die EU-Bildungsminister/innen verfolgen das gemeinsame Ziel, den Anteil der leseschwachen 15-jährigen bis 2020 von 20 % auf 15 % zu senken.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum Analphabetismus in Europa](#)

Kommission stellt Bericht zu Bildungschancen in den europäischen Regionen vor

Aus dem Bericht geht hervor, dass sich der Wohnort in Europa in hohem Maße auf Bildung und Lebenschancen auswirkt. Laut Bericht ist der Anteil der über 15-Jährigen, die den Schulabschluss nach der zehnten Klasse erlangen, in Spanien und Portugal am höchsten. Am niedrigsten ist er in Prag und in vielen ostdeutschen Regionen. In Chemnitz wiederum verlässt nur eine/r von zehn Schüler/innen die Schule mit einem niedrigen Abschluss, jedoch mehr als 60 % erlangen das Abitur oder einen vergleichbaren Abschluss. Im universitären Bereich können das Vereinigten Königreich, die Niederlande, Nordspanien und Zypern einen Hochschulabsolventen-Anteil von über 40 % vorweisen. In Deutschland erzielt Dresden mit 26,9 % das beste Ergebnis. Die geringste Zahl an Hochschulabsolvent/innen gibt es in Italien, Portugal, Rumänien und der Tschechischen Republik. Als Antwort auf die erheblichen Unterschiede in Europas Regionen fordert die Kommission, sich mit der geografischen Ungleichheit im Bildungsbereich zu befassen und den europäischen Strukturfonds zu diesem Zweck zu nutzen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur geografischen Ungleichheit im Bildungsbereich](#)
- [Zusammenfassung des Berichts zu Bildungschancen in den Regionen Europas](#) 

Kommission fordert Anerkennung von nichtformalen und informellen Fähigkeiten

Im Rahmen der Strategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wachstum hat die Kommission eine Initiative zur Anerkennung von außerhalb der Schule und Hochschule erworbenen Fähigkeiten und Kompetenzen gestartet. Mit ihrer Empfehlung fordert die Kommission die Mitgliedstaaten auf, bis 2015 nationale Systeme zur Validierung nichtformalen und informellen Lernens einzuführen. Nichtformales Lernen findet in der Umgebung des formalen Lernens statt, z.B. in Kursen oder Workshops. Informelles Lernen findet an anderen Orten statt, z.B. zu Hause, in Vereinen oder im täglichen Umgang mit Menschen. Systeme zur Anerkennung dieser Fähigkeiten gibt es bisher nur in Finnland, Frankreich, Luxemburg und in den Niederlanden. Damit würden auch im Internet, in zivilgesellschaftlichen Gruppen o.ä. erworbene Fähigkeiten anerkannt. Die Empfehlung soll vor allem die Arbeitsmarktchancen junger Menschen und von Menschen mit geringen formalen Qualifikationen erhöhen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Anerkennung nichtformaler und informeller Kenntnisse](#)

Kommission verklagt Deutschland wegen Regelungen zur Erbschaftssteuer

Die Kommission hat Deutschland wegen diskriminierender Erbschaftssteuerbestimmungen beim Europäischen Gerichtshof verklagt. Wer in Deutschland erbt, aber nicht dort lebt, erhält nicht die hohe Steuerbefreiung von bis zu 500.000 Euro, sondern lediglich einen Freibetrag von 2.000 Euro. Die Kommission beschuldigt Deutschland, mit dieser Regelung gegen den freien Kapitalverkehr zu verstoßen.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur deutschen Erbschaftssteuer](#)

Europäischer Tag der Sprachen

Seit 2001 wird am 26. September der europäische Tag der Sprachen gefeiert, um auf die sprachliche Vielfalt Europas aufmerksam zu machen und die EU-Bürger/innen zum Erlernen von Fremdsprachen zu motivieren. Anlässlich des Europäischen Tages der Sprachen hat die Kommission einen Bericht zum Fremdsprachenerwerb in der EU vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass Kinder in Europa Fremdsprachen immer früher lernen. Das Alter für den Beginn des Pflichtunterrichts einer Fremdsprache wurde innerhalb der

vergangenen 15 Jahre in vielen Mitgliedstaaten gesenkt und liegt nun bei sechs bis neun Jahren. Auch in Deutschland beginnen die Schüler/innen in der Grundschule mit dem Erwerb einer ersten Fremdsprache. In Spanien erlernen Kinder bereits in der Vorschule, in Großbritannien erst ab elf Jahren die erste Fremdsprache. An den meisten der weiterführenden Schulen Europas ist eine zweite Fremdsprache Pflichtfach. Die mit Abstand am häufigsten unterrichtete Fremdsprache ist Englisch, gefolgt von Französisch, Spanisch und Deutsch. 70 % der Kinder in Europa lernen bereits in der Grundschule Englisch. Die Kommission bewertet die kulturelle und die sprachliche Vielfalt als größte Vorteile der EU in der es 23 verschiedene Amtssprachen, etwa 60 Regional- und Minderheitssprachen sowie über 175 Migrantensprachen gibt.

- [Website des Europäischen Tages der Sprachen](#)
- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum Fremdsprachenerwerb in Europa](#)
- [Bericht zum Fremdsprachen-Unterricht in Europa \(englisch\)](#) 

Globalisierungsfonds unterstützte 2011 mehr als 21.000 entlassene Arbeitnehmer/innen

Der EU-Globalisierungsfonds (EGF) wurde 2007 eingerichtet, um entlassenen Arbeitnehmer/innen Hilfe bei der Suche nach einem Arbeitsplatz zu leisten. Zu diesem Zweck wurden bisher rund 128 Mio. Euro bereitgestellt, mit denen bislang rund 91.000 Erwerbslose unterstützt wurden. Sie erhielten mit dem Fonds Unterstützung für Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen, bei der Existenzgründung und für die Arbeitssuche. In dem Kommissionsentwurf für den nächsten Finanzrahmen 2014 – 2020 schlägt die Kommission eine Ausweitung des EGF auf zusätzliche Kategorien wie Selbstständige und Leiharbeiter vor. Damit wäre der EGF auch in der Lage, auf Massenentlassungen wegen unvorhergesehener Krisen sowie negative Auswirkungen von Handelsabkommen und auf die Landwirtschaft zu reagieren.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zum Europäischen Globalisierungsfonds](#)

Kommission und Europäische Umweltagentur stellen Studie zur Luftverschmutzung vor

Aus der Studie geht hervor, dass die Belastung mit gesundheitsschädlichem Feinstaub in vielen europäischen Großstädten zu hoch ist. Demnach seien fast ein Drittel aller europäischer Großstädter/innen der übermäßigen Konzentration von Feinstaub ausgesetzt. Feinstaub ist einer der gesundheitsgefährdendsten Schadstoffe, da er in empfindliche Teile der Atemwege eindringt. Zwar gelang es in den letzten Jahrzehnten, versauernd wirkende Luftschadstoffe zu verringern, die Luftverschmutzung ist in großen Teilen jedoch immer noch zu hoch. Auch das Vorkommen von Ozon, das ebenfalls Atemprobleme verursachen kann, ist in Großstädten sehr hoch.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Luftverschmutzung in Europa](#)
- [Bericht der Europäischen Umweltagentur zur Luftqualität in Europa \(englisch\)](#) 

Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament

Parlament nimmt Stellungnahme-Entwürfe zum Europäischen Güterrecht an

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Parlamentes hat den Stellungnahme-Entwurf zum Ehegüterrecht angenommen. Damit sollen güterrechtliche Folgen bei einer Trennung von internationalen Paaren einheitlich geregelt werden. Der Ausschuss spricht sich dafür aus, Ehegatten mehr Wahlmöglichkeiten im Hinblick des auf ihren Güterstand anzuwendenden Rechts einzuräumen. Somit sollen neben dem Recht des gewöhnlichen Aufenthaltsortes bzw. der Staatsangehörigkeit das Recht der gemeinsamen engsten Verbindung und das Recht des Ortes der Eheschließung wählbar sein.

Ein Stellungnahme-Entwurf zum Güterrecht für eingetragene Partnerschaften wurde ebenfalls angenommen. Er soll die bestehenden Unterschiede zum Vorschlag für ein Ehegüterrecht weitgehend minimieren. Darin ist ebenfalls eine Wahlfreiheit in Bezug auf das anwendbare Recht vorgesehen. Bedingung dafür ist jedoch, dass das gewählte Recht eingetragene Partnerschaften anerkennt.

- [Stellungnahme des Parlaments zum Europäischen Güterrecht für Ehepaare](#) 
- [Stellungnahme des Parlaments zum Europäischen Güterrecht für eingetragene Partnerschaften](#) 

Parlament will Kinderrechte durch Europäischen Sozialfonds (ESF) stärken

Der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) im Parlament hat die Erhöhung der Mittel zur Stärkung von Kinderrechten und deren Wohlergehen im Europäischen Sozialfonds von 2014 -2020 gefordert. Damit sollen Kinder vor Risiken geschützt und Kinderarmut bekämpft werden.

Weitere Nachrichten

EWSA verabschiedet Stellungnahme zum Kinderschutz im Internet

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) hat im Rahmen seiner Plenarsitzung eine Stellungnahme zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Werbung im Internet und sozialen Medien verabschiedet. Darin fordert der EWSA restriktive Maßnahmen gegen an Kinder und Jugendliche gerichtete Werbung in allen Medien. Die Maßnahmen sollten über die bloße Selbstverpflichtung der Unternehmen hinausgehen. Außerdem bedauert der EWSA, dass die Kommission in ihrer Mitteilung für ein kinderfreundliches Internet keine klaren Regeln zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vorgeschlagen habe. Der EWSA macht deutlich, dass der Kinderschutz in jedem Fall über den Belangen von E-Commerce stehen müsse.

- [Stellungnahme des EWSA zum Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet](#)

Welt-Alzheimertag

Am 21. September findet jährlich der Welt-Alzheimertag statt, um die Öffentlichkeit mithilfe regionaler Aktionen auf die Situation von Alzheimer-Kranken und ihren Familien aufmerksam zu machen. Unterstützt wird der Welt-Alzheimertag, der unter dem diesjährigen Motto „Dementia. Living together“ (dt.: „Demenz. Zusammen leben“) stand, durch die Dachorganisation „Alzheimer’s Disease International“. Weltweit sind

rund 35 Mio. Menschen von Demenzerkrankungen betroffen, zwei Drittel davon in Entwicklungsländern. Vor allem in China, Indien und Lateinamerika steigt die Zahl der Erkrankungen deutlich an. In Deutschland leiden rund 1,2 Mio. Menschen an einer Demenzerkrankung.

- [Website der Organisation „Alzheimer’s Disease International“ \(englisch\)](#)

OECD veröffentlicht Bericht „Bildung auf einen Blick 2012“

Aus dem aktuell veröffentlichten Bericht „Bildung auf einen Blick 2012“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht hervor, dass viele Lehrer/innen in den Mitgliedstaaten nah am Rentenalter sind. In Deutschland und Italien ist jede/r zweite Lehrer/in älter als 50 Jahre, in vier weiteren EU-Staaten sind es über 40 %. Daraus folgt, dass Europas Schulen in naher Zukunft ein akuter Lehrermangel droht. Der Bericht macht die Notwendigkeit von Reformen im Bildungsbereich deutlich, um diesen zu modernisieren und für Studierende und Lehrkräfte attraktiver zu machen. Der Bildungsbericht „Bildung auf einen Blick“ wird jährlich von der OECD erstellt, um über die aktuelle Situation im Bildungsbereich zu informieren.

Im Zusammenhang mit dem OECD-Bericht haben Kommission und OECD vereinbart, künftig enger zusammenzuarbeiten. Schwerpunkte der Kooperation sollen Länderanalysen, Qualifikationsstrategien sowie die Kooperation in Studien wie PISA und der PIAAC-Studie über die Kompetenzen von Erwachsenen sein.

- [Pressemitteilung der OECD zum aktuellen Bildungsbericht \(englisch\)](#)

Max Planck Institut veröffentlicht zwei Studien zur Rolle von Großeltern

Das Max Planck Institut hat zwei Studien zur Rolle von Großeltern in Europa veröffentlicht, um deren Bedeutung in der Kinderbetreuung sowie für die Teilhabe junger Mütter am Arbeitsmarkt darzustellen. Die Studien zeigen, dass Großeltern in Europa die Personen sind, die Kinder am häufigsten formlos betreuen und dass dies eine positive Auswirkung auf die Berufstätigkeit junger Mütter hat. Diese seien auf Kinderbetreuung angewiesen, jedoch würden in vielen Mitgliedstaaten nicht genügend Betreuungsplätze, vor allem für Kinder unter drei Jahren, angeboten.

- [Studie zu Familiennormen und Kinderbetreuung durch Großeltern in Europa \(englisch\)](#) 
- [Studie zu Großeltern und der Beteiligung junger Mütter am Arbeitsmarkt \(englisch\)](#)

European Alliance for Families startet Website-Rubrik „Practices that Work“

Das europäische Netzwerk European Alliance for Families (EAF) hat auf seiner Website die Rubrik „Practices that Work“ eingeführt, um Projekte von Organisationen und anderen Einrichtungen zu präsentieren, die in der EU sowie in den einzelnen Mitgliedstaaten einen positive Einfluss auf Kinder und Familien haben. Darstellungen von Projekten können bei der EAF eingereicht werden, um dann auf der Website in englischer Sprache vorgestellt zu werden.

- [Website der Alliance for Families zu „Practices that Work“ \(englisch\)](#)

Internationale Arbeitsorganisation äußert sich zur Jugendarbeitslosigkeit


Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat einen Ausblick auf die Arbeitsmarktaussichten von Jugendlichen veröffentlicht. Demnach sind weltweit insgesamt ca. 75 Mio. junge Menschen arbeitslos, womit die Zahl seit 2007 um vier Mio. gestiegen ist. Für die Industrieländer rechnet die ILO bis 2017 mit

einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit der 15 – 24-Jährigen von 17,5 % auf 15,6 %. Weltweit wird jedoch mit einem Anstieg der Quote gerechnet, vor allem in Ostasien, in Nordafrika und im Mittleren Osten. In Europa gibt es große Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Während die Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und Griechenland bei über 50 % liegt, sind in Deutschland weniger als 10 % der Jugendlichen ohne Beschäftigung. Die ILO fordert von Politik und Wirtschaft eine stärkere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Sie lobt und empfiehlt Jobgarantien, die bisher in Österreich, Finnland und Norwegen eingeführt wurden. Dafür haben sich auch die Kommission und das Parlament ausgesprochen, um jungen Menschen innerhalb von vier Monaten nach dem Schulabschluss in einen Job oder eine Ausbildung zu bringen (siehe [AGF Europa News vom April 2012](#)).

- [Pressemitteilung der Internationalen Arbeitsorganisation zur Jugendarbeitslosigkeit \(englisch\)](#)

Eurofound gibt Bericht zur Arbeitszeit und Arbeitsplatzqualität heraus

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) hat ihren auf Grundlage der Daten der Fünften Europäischen Erhebung über die Arbeitsbedingungen (EWCS) erstellten jährlichen Bericht veröffentlicht. Darin stellt Eurofound fest, dass 2011 ein Unterschied von durchschnittlich 1,6 Stunden zwischen vertraglicher und tatsächlicher Wochenarbeitszeit bestand. Somit betrug die tatsächliche Durchschnittsarbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten 39,7 Stunden. Die Diskrepanz hat in den alten Mitgliedstaaten zu-, und in den neuen abgenommen.

- [Eurofound-Bericht über die Arbeitszeit in der EU \(englisch\)](#)
- [Eurofound-Bericht über die Arbeitsplatzqualität in der EU \(englisch\)](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- ChildONEurope: Seminar [“Alternative forms of care for children without adequate family support”](#) (4. Oktober 2012, Florenz)
- COFACE: Workshop [“Family friendly regions – towards smart and sustainable growth”](#) (9. Oktober 2012, Brüssel)
- Netherlands Youth Institute (NYI) und die Universität Amsterdam: Europäische Konferenz [„Think Parents!”](#) (10. – 12. Oktober 2012, Den Haag)
- Dynamo International – Streetworkers Network: Konferenz [„Roma People, Street Work and EU Policies”](#) (16. Oktober 2012, Brüssel)
- Intergroup “Extreme Poverty and Human Rights” im Europäischen Parlament: Konferenz [“International Day for the Eradiction of Poverty”](#) (17. Oktober 2012, Brüssel)
- Zyprische EU-Ratspräsidentschaft: Konferenz [„Child Poverty and Well-being Conference”](#) (18. – 19. Oktober 2012, Nikosia)
- International Foster Care Organization (IFCO): Konferenz [“It Takes a Village to Raise a Child – Developing Foster Care in Transforming Societies”](#) (21. – 24. Oktober 2012, Sofia)
- Eurochild: Jahreskonferenz 2012 [“Promoting the rights of children in alternative care across Europe”](#) (24. – 26. Oktober 2012, Sofia)
- COFACE: Seminar “NUTRI-MEDIAS” (26. Oktober 2012, Paris)
- ICT for Health: Konferenz [“eHealth Acceptance Conference 2012”](#) (5. – 6. November 2012, Brüssel)
- International Juvenile Justice Observatory: Konferenz [“Criminality or Social Exclusion: Justice for Children in a Divided World”](#) (6. – 7. November 2012, London)
- WeDO: Konferenz [“Conference on the European Quality Framework for Long Term Care”](#) (14. November 2012, Brüssel)
- Forum Europe: Konferenz [“The European Child Safety Online Conference 2012”](#) (15. November 2012, Brüssel)
- Eurochild: [“Policy Round Table on Early Childhood, Education and Care”](#) (27. – 28. November 2012, Leiden)
- UNESCO: Internationale Konferenz [“Millenia 2015, An Action Plan for Women’s Empowerment”](#) (3.– 4. Dezember 2012, Paris)

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).